

Dr. Hans-Georg Maaßen
Präsident BfV

Berlin, 12. September 2018

Eingangsstatement

in der

Sitzung des

Innenausschusses (Sondersitzung)

am 12. September 2018

zum Bericht der Bildzeitung vom 7. September 2018

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Chemnitz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 26. August 2018, gegen 3.15 Uhr, kam es am Rande des Chemnitzer Stadtfestes in der Brückenstraße in Chemnitz zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen unterschiedlicher Nationalitäten. In deren Folge erlitten drei Männer deutscher Staatsangehörigkeit schwere Verletzungen und wurden in Krankenhäuser verbracht. Der 35-jährige deutsche Staatsangehörige Daniel H. erlag noch in der Nacht seinen Stichverletzungen. Im Rahmen von Fahndungsmaßnahmen stellten Polizeibeamte einen 23-jährigen syrischen Staatsangehörigen und einen 22-jährigen irakischen Staatsangehörigen als Tatverdächtige fest. Gegen beide Personen wurde ein Haftbefehl erlassen. Zwischenzeitlich wurde gegen einen dritten Tatverdächtigen Haftbefehl erlassen.

Bereits kurz nach Bekanntwerden des Tötungsdeliktes wurden durch die AfD und die rechtsextremistische Fußball-Gruppierung „Kaotic Chemnitz“ über soziale Netzwerke zu Spontandemonstrationen aufgerufen. Während die Demonstration von der AfD mit rund 100 Teilnehmern störungsfrei verlief, war die zweite Spontandemonstration durch die rechtsextremistische Gruppe „Kaotic Chemnitz“ aggressiv. Nach dem Polizeibericht nahmen an der Spontandemonstration ca. 800 Personen, darunter zahlreiche Rechtsextremisten, die sich am Karl-Marx-Monument versammelten, teil, die dann sich in kleine Gruppen aufteilten, und versuchten, auf unterschiedlichen Wegen in Richtung des Tatortes zu gelangen. Die Lage war Polizeiinformationen zufolge dynamisch und die Stimmung war aufgeheizt. Weisungen der Beamten seien nur zögerlich bzw. widerwillig befolgt worden. Die Polizei musste Pfefferspray und den Polizeistock zur Anwendung bringen. Es kam zu zahlreichen Straftaten. Die mir vorgelegten Berichte der Polizeibehörden enthielten allerdings keine Hinweise darauf, dass Menschen gejagt wurden, dass „Hetzjagden“ oder Menschenjagden stattfanden.

An den folgenden Tagen fanden zahlreiche Demonstrationen statt. Die Demonstrationen wurden teilweise von Rechtsextremisten organisiert, bei den Demonstrationen war teilweise eine starke Repräsentanz von Rechtsextremisten festzustellen. So hatten an einzelnen Demonstrationen bis zu einem Drittel Rechtsextremisten teilge-

nommen. Es kam zu völlig inakzeptablen und in keiner Weise zu rechtfertigenden Übergriffen auf ausländisch aussehende Menschen, zu Körperverletzungen, Flaschenwürfen, Verwendung von Feuerwerkskörpern sowie zum Rufen bzw. Grölen von rechtsextremistischen Parolen und dem Zeigen des Hitlergrußes. Insgesamt sollen im Zusammenhang mit den Demonstrationen in den Tagen nach der Messerstecherei vom 26. August 2018 120 Strafanzeigen erstattet worden sein. Allein bei üblen Ausschreitungen in Chemnitz am 1. September habe es 37 Strafanzeigen gegeben, dabei mehrheitlich wegen Körperverletzungsdelikten, Sachbeschädigungen und Straftaten nach dem Versammlungsgesetz, aber auch Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Verwendungen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Während des gesamten Geschehens seien 18 Menschen verletzt worden, darunter zwei Polizeibeamte. Am 1. September fand ein besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs von einer unbekanntem verummten Personengruppe gegen einen 20-jährigen Afghanen statt, bei dem das Opfer schwere Verletzungen erlitt. Allerdings ist mir auch berichtet worden, dass das Verhältnis der Zahl der Ermittlungsverfahren zur Zahl der Demonstrationsteilnehmer keinen gewalttätigen Verlauf der Kundgebungen aller Veranstaltungen in der ersten Woche nach dem Tötungsdelikt nahelegt. Aber, aus Sicht des Verfassungsschutzes war die Tatsache besonders besorgniserregend, dass Rechtsextremisten zusammen mit nichtextremistischen Demonstranten auftraten. Der Verfassungsschutz hat wiederholt davor gewarnt, dass die Themen Asyl und Kriminalität dazu geeignet sind, die Distanz zwischen extremistischen und nichtextremistischen Positionen und Akteuren zu überwinden und die Unsicherheit, Angst und Wut von Teilen der Bevölkerung durch Rechtsextremisten instrumentalisiert wird.

Verabscheuungswürdige rechtsextremistischen Straftaten in Chemnitz, das Auftreten von Rechtsextremisten und Hooligans fanden offensichtlich statt. Ich habe das zu keinem Zeitpunkt relativiert oder in Frage gestellt. Auch mein Zitat in der Bildzeitung konnte bzw. sollte so nicht verstanden bzw. missverstanden werden. Die Bundeskanzlerin sagte Ende August,

„Hass auf der Straße – das hat mit Rechtsstaat nichts zu tun“.

Dieser Aussage schließe ich mich vor dem Hintergrund der Straftaten von Rechtsextremisten in Chemnitz uneingeschränkt an. Der Rechtsextremismus ist ein virulentes Problem in Deutschland. Dies habe ich wiederholt und zuletzt bei der Vorstellung des

Verfassungsschutzberichtes am 24. Juli 2018 klargelegt. Von den rund 24.000 Rechtsextremisten in Deutschland sind 12.700 Personen gewaltorientiert. Der Verfassungsschutz nimmt dieses erhebliche gesellschaftliche Problem sehr ernst. Der Verfassungsschutz tritt dem gewaltbereiten Rechtsextremismus mit der notwendigen Härte entgegen. Unter meiner Leitung ist die Abteilung Rechtsextremismus des BfV erheblich ausgebaut und personell verstärkt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Nazidemonstrationen, rechtsextremistisch motivierte Körperverletzungen gegenüber Ausländern, das Werfen von Steinen auf Personen, das Bespucken, Nachstellen oder Anschreien von Personen, das Grölen von „Heil Hitler“ oder anderen nazistischen Parolen, das Zeigen des Hitlergrußes: das alles ist strafbar und darf in Deutschland keinen Platz haben. Aber, etwas anderes sind „Hetzjagden“ oder Menschenjagden auf Ausländer. „Hetzjagden“ auf Ausländer haben eine andere Qualität. Wir alle kennen von Fernsehbildern diese abscheulichen „Hetzjagden“ gegen Ausländer, wenn Dutzende von Rechtsextremisten ausländisch aussehende Menschen angreifen und vor sich hertreiben. Uns allen sind noch die Übergriffe aus Rostock-Lichtenhagen, aber auch „Hetzjagden“ 2016 in Leipzig-Connewitz oder in Köln in Erinnerung.

Am 27. August 2018, also unmittelbar am Tag nach dem Tötungsdelikt in Chemnitz, berichteten Medien von „Hetzjagden“ auf Ausländer in Chemnitz. Auch an den Folgetagen wurde auf diese „Hetzjagden“ gegen Ausländer immer wieder Bezug genommen. Teilweise, wie in der Hauptausgabe der Tagesschau am 27. August 2018 wurde der Bericht über „Hetzjagden“ unterlegt mit einem Video, das nach dem Copyright-Hinweis von der „Antifaschistischen Aktion-Zeckenbiss“ (kurz: Antifa-Zeckenbiss) stammte. Dieses Ihnen allen bekannte Video zeigt, dass eine Person von anderen Personen über fünf bis sieben Meter verfolgt wird. Die Berichterstattung über diese angeblichen „Hetzjagden“ hatte internationale Beachtung gefunden. In ausländischen Medien wurde zum Teil breit darüber berichtet, dass es in Chemnitz zu pogromähnlichen Ausschreitungen gekommen sei.

Auf Grund dieser Berichterstattung hatte ich meine Mitarbeiter wiederholt befragt, ob uns Informationen über derartige „Hetzjagden“ vorliegen. Meine Mitarbeiter berichteten mir, dass es entgegen der Medienberichte weder nach den Erkenntnissen meiner Behörde noch nach den Erkenntnissen anderer Sicherheitsbehörden des Bundes und des Landes Sachsen „Hetzjagden“ auf ausländisch aussehende Menschen in Chemnitz am 26. August 2018 gegeben habe. Ich selbst hatte mir die uns vorliegenden Polizeiberichte hierzu persönlich durchgelesen. Der mir vorliegende Polizeibericht der Polizeidirektion Chemnitz vom 26. August 2018 sowie weitere Berichte enthielten keine Hinweise auf „Hetzjagden“ am 26. August 2018. Es war so: der Berichterstattung zufolge war die Stimmung gereizt, es wurden fremdenfeindliche Parolen skandiert und Personen mit erkennbarem Migrationshintergrund beschimpft. Den Berichten zufolge sei es aber

„durch das Hinzuziehen von weiteren Einsatzkräften in der Folge [gelungen], die Lage zu beruhigen.“

Ich hatte in den folgenden Tagen den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz angerufen, um mögliche weitere Informationen zu den von Medien berichteten angeblichen „Hetzjagden“ gegen Ausländer zu erhalten. Derartige Erkenntnisse lagen ihm nicht vor. Inzwischen erreichten mich allerdings Informationen, dass in der rechtsextremistischen und auch asylkritischen Szene die von den Medien berichteten angeblichen „Hetzjagden“ für Aufregung sorgten: So hieß es kurz nach den veröffentlichten Medienberichten in sozialen Medien am 27. August 2018 beispielsweise:

„Die Lügenpresse hetzt von angeblichen Ausschreitungen. Die Polizei geht gegen das eigene Volk martialisch in Stellung, während importierte Messermänner schalten, walten und morden können, wie sie lustig sind. (...) Bildet Bürgerwehren und demonstriert in allen Städten.“

Dieses Posting erschien unmittelbar nach der Berichterstattung und wohlgermerkt vor den eigentlichen Krawallen, vor allem vor denen am 1. September 2018.

Ich stelle fest: die Berichterstattung in Medien über angebliche „Hetzjagden“ in Chemnitz am 26. August 2018 kontrastierte mit Berichten der Sicherheitsbehörden, die dies gerade nicht feststellten. Die Tageszeitung „Freie Presse“ in Chemnitz veröffentlichte am 30. August 2018 einen Artikel des Chefredakteurs, der in seinem Bei-

trag unmissverständlich deutlich machte, dass es rechtsextremistische Straftaten am 26. August 2018 in Chemnitz gab, die er auch ausdrücklich verurteilte. Aber:

„Eine Hetzjagd, in dem Sinne, dass andere Menschen über längere Zeit und Distanz vor sich hertreiben, haben wir nicht beobachtet. Wir kennen auch kein Video, das eine solche Szene dokumentiert.“

Und weiter sagte er:

„Der offen zu Tage getretene Hass, der die Proteste auf den Straßen in Chemnitz begleitet hat, war schrecklich genug. Er bedarf keiner Dramatisierung.“

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen *Michael Kretschmer* fasste in seiner Regierungserklärung vom 5. September 2018 die Lage am 26. August 2018 prägnant wie folgt zusammen:

„Ich bin der festen Überzeugung, dass Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie ist.“

Und:

„Klar ist: Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich führte am gleichen Tag, nämlich am 5. September 2018 ein Hintergrundgespräch mit der Bildzeitung. Vor dem Hintergrund der Aussage des Herrn Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung entstand das von mir in der Bildzeitung wiedergegebene Zitat. Es lautet:

„Die Skepsis gegenüber den Medienberichten zu rechtsextremistischen „Hetzjagden“ in Chemnitz werden von mir geteilt.

Es liegen dem Verfassungsschutz keine belastbaren Informationen darüber vor, dass „Hetzjagden“ stattgefunden haben.

Es liegen keine Belege dafür vor, dass das im Internet kursierende Video zu diesem angeblichen Vorfall authentisch ist.

Nach meiner vorsichtigen Bewertung sprechen gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken.“

In diesem Zitat habe ich zum Ausdruck gebracht, dass ich die Skepsis gegenüber den Berichten einiger Medien zu rechtsextremistischen „Hetzjagden“ teile. Ich habe mich bewusst - oder juristisch formuliert „vorsätzlich“ - zurückhaltend ausgedrückt, und anders als der sächsische Ministerpräsident, andere Sicherheits- oder Strafverfolgungsbehörden und nicht staatliche Stellen, und dazu zähle ich auch die Freie Presse Chemnitz, mich nicht dahingehend festgelegt, dass es keine „Hetzjagden“ gab. Ich habe zum Ausdruck gebracht, dass ich bzw. mein Behörde keine Erkenntnisse über „Hetzjagden“ in Chemnitz habe und dass ich zur Kenntnis nehmen muss, dass die zuständigen Stellen feststellen, dass es zu „Hetzjagden“ nicht kam, in gar keinem Fall am 26. August 2018.

Der Beleg, der immer wieder verwendet wurde, war das Video von Antifa-Zeckenbiss. Zu Antifa-Zeckenbiss muss man wissen, dass sie seit Oktober 2017 in diversen sozialen Netzwerken aktiv ist. Sie äußert sich regelmäßig links und linksextrem. Nach Eigenangabe handelt es sich um eine „private Antifaschistische Infoseite“. Seit Februar 2018 betreibt Antifa-Zeckenbiss neben ihrem Facebook-Account einen Twitter-Account. Dieser hat derzeit 1.820 Follower. Am 18. Juli 2018 wurde unter der Bezeichnung Antifa-Zeckenbiss ein Kanal auf der Videoplattform Youtube erstellt, auf dem bisher 26 Videos veröffentlicht wurden, darunter auch das Video „Menschenjagd“. Wer sich hinter Antifa-Zeckenbiss verbirgt, ist dem BfV nicht bekannt, da Antifa-Zeckenbiss bislang kein Beobachtungsobjekt des BfV ist. Es könnte sich um eine Einzelperson oder um eine Gruppe handeln. In den Veröffentlichungen auf dem Profil

werden unterschiedliche Aktionsfelder bedient, die auch im Fokus von Linksextremisten stehen. Dazu gehören u. a. „Antifaschismus“, „Antirassismus“ und „Antigentrifizierung“. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um eine Person, Gruppe oder Organisation handelt, die nichts mit der linken oder links-extremistischen Szene zu tun hat.

Nach unserer Kenntnis hat Antifa-Zeckenbiss mutmaßlich am 26. August 2018 um 20.56 h dieses Video mit der Überschrift *„Menschenjagd in #Chemnitz Nazi-Hools sind heute zu allem fähig“* verbreitet. Das von Antifa-Zeckenbiss verbreitete Video belegt nicht, dass „Hetzjagden“ in Chemnitz stattfanden. Das 19-sekündige Video zeigt lediglich, dass - vermutlich auf der Bahnhofstraße in Chemnitz – eine Person von anderen Personen über etwa fünf bis sieben Meter verfolgt wird. Das Video dokumentiert selbst keine Szenerie einer Menschenjagd und schon gar nicht von Menschenjagden und „Hetzjagden“. Aus dem Video wird nicht erkennbar, warum die dort zu sehende Person verfolgt wurde (handelte es sich z. B. um die Verfolgung im Rahmen einer vorangegangenen Auseinandersetzung?), wann das Video aufgenommen wurde und wer wem kurzzeitig nachstellte. Erst durch die von Antifa-Zeckenbiss verwendete Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ wird suggeriert, das Video zeige authentisch eine „Menschenjagd in Chemnitz“ am 26. August 2018, was nicht der Fall ist. In seinem als „Pressemeldung“ ins Internet gestellten Dokument von Freitag, 7. September 2018, erklärt Antifa-Zeckenbiss, dass das Video ein „Netzfund“ sei, und von Antifa-Zeckenbiss auf „einer patriotischen Plattform“ gefunden worden sei. Dieser Mitteilung zufolge kenne Antifa-Zeckenbiss nähere Hintergründe dieses Videos auch nicht,

„Wer es aufgenommen hat, wissen wir nicht. Es wurde von uns so veröffentlicht, wie wir es gefunden haben.“

so dass es nahe liegt, dass Antifa-Zeckenbiss, die Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ verwendet hat, ohne die näheren Umstände der Aufnahme selbst zu kennen.

Ich betone: Dieses Video von Antifa-Zeckenbiss wurde von einigen deutschen Medien als visueller Beleg für die Behauptung verwendet, dass es am 26. August 2018 in Chemnitz zu „Hetzjagden“ kam (also nicht nur zu einer), obwohl alle relevanten

Sicherheitsbehörden den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Es wurde der Eindruck einer pogromartigen Stimmung auf der Grundlage des Antifa-Zeckenbiss-Videos erweckt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir reden seit ein paar Jahren wieder über Desinformation. Regelmäßig werde ich auf das Thema mit Bezug auf russische Einflussoperationen angesprochen. Desinformation ist kein russisches „Branding“, Warenzeichen. Desinformation verbreiten viele. Der Verfassungsschutz beschäftigt sich mit ausländischen Desinformations- oder Einflussoperationen und auch mit extremistischen oder terroristischen Desinformationskampagnen. Für Desinformationen werden z. B. völlig erfundene Informationen verwendet, es werden verfälschte Informationen, wo vielleicht nur ein Wort oder das Datum verändert worden ist, oder echte Informationen, die in einem anderen Zusammenhang dargestellt werden und damit eine andere Bedeutung haben, genutzt. Dies geschieht nicht nur mit Worten, sondern auch mit Bildern und Videos. Sehr beliebt ist es, Bilder mit Fotoshop oder mit anderen Softwareprogrammen zu verändern und zu manipulieren. Vielleicht ist Ihnen das „Fake“-Plakat vom 11. Parteitag der SED bekannt, auf dem sich der Wahlkampfslogan der CDU aus dem letzten Jahr („Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“) findet. Eine grobe (Ver-) Fälschung, die so auffällig ist, das sie schon fast wieder Satire sein könnte. Nicht witzig ist dagegen z. B. ein „Handbuch für Medienguerilla“, das im Internet kursiert und vor allem von Rechtsextremisten konsumiert wird, um manipulative Maßnahmen im Internet durchzuführen. Ganz in diesem Sinne wurde im Kontext der Demonstration am 1. September 2018 durch RT Ruply ein Video veröffentlicht, in dem ein dunkelhäutiger, scheinbarer Passant nach seinen Eindrücken zur Demo befragt wird. Dieser wird als vermeintlich neutraler Beobachter dargestellt, der die Anwesenheit von Rechtsextremisten auf der Demonstration in Zweifel zieht. Tatsächlich handelt es sich bei dem Mann mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen islamkritischen YouTuber mit dem Nickname „achse:ostwest“. Das Video kursiert in sozialen Netzwerken und soll offensichtlich suggerieren, dass dunkelhäutige Menschen mit den Demonstranten in Chemnitz sympathisieren.

In linksextremistischen Kreisen sind die Manipulation von Bildern und Videos und die Verwendung von echten, nicht verfälschten Bildern und Videos in einem nicht authentischen Zusammenhang weit verbreitet. So werden regelmäßig Aufnahmen veröffentlicht, die ein unverhältnismäßiges und gewaltsames Vorgehen der Polizei gegen scheinbar friedliche Demonstranten belegen sollen. Bei der „*Welcome to Hell*“-Demonstration am 6. Juli 2017 in Hamburg zeichneten linksextremistische Gruppen und Strukturen das Bild unverhältnismäßiger Polizeigewalt. Videoaufnahmen, die aus linksextremistischen Zusammenhängen veröffentlicht wurden (z. B. Hamburger Linie), zeigen aus dem Zusammenhang gerissen überwiegend scheinbar friedliche Demonstranten und gewaltsames Vorgehen von Polizeikräften. Videomaterial der Polizei Hamburg belegt hingegen zweifelsfrei, dass der Auflösung der Demonstration durch Polizeikräfte Angriffe mit Pyrotechnik, Steinen und Flaschen vorausgegangen war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich erinnere daran, dass einige deutsche Medien den Videoclip von Antifa-Zeckenbiss „*Menschenjagd in #Chemnitz Nazi-Hools sind heute zu allem fähig*“ teilweise eins zu eins verbreiteten und die Konnotation von „Hetzjagden“ übernahmen. Ich denke da zum Beispiel an die Tagesschau vom 27. August 2018, 20.00 h.

Gegenüber der Bildzeitung hatte ich gesagt:

„Es liegen keine Belege dafür vor, dass das im Internet kursierende Video zu diesem angeblichen Vorfall authentisch ist.“

Ich habe nicht gesagt, dass es gefälscht, verfälscht oder manipuliert worden ist. Sie können davon ausgehen, dass ich die deutsche Sprache zumindest so beherrsche, dass ich diese Worte auch gewählt hätte, wenn ich dies zum Ausdruck hätte bringen wollen.

Ich habe gesagt, dass keine Belege dafür vorliegen, dass das Video zu diesem angeblichen Vorfall authentisch ist. Vielleicht erinnern Sie sich daran, was ich ein paar Atemzüge zuvor über die „*Welcome to hell*“-Demonstration gesagt habe: dass nämlich Videoschnitte aus dem Zusammenhang gerissen werden und in einem völlig anderen Kontext präsentiert werden. Diese echten Videoclips oder Videoschnitte sind nicht authentisch in Bezug auf den Sachverhalt, den sie belegen sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

und dies gilt auch für das Videoclip von Antifa-Zeckenbiss. Das Video ist nach meiner Einschätzung echt und nicht manipuliert worden. Etwas anderes habe ich auch zu keinem Zeitpunkt gesagt. Es zeigt keine Menschenjagd, sondern allenfalls eine Auseinandersetzung. Unter der Überschrift oder Etikettierung in „*Menschenjagd#Chemnitz Nazi-Hools sind heute zu allem fähig*“ wird diesem Video allerdings eine andere Bedeutung beigemessen.

Weit über die rechte Szene hinaus bis ins Bürgertum nehme ich ein wachsendes Unbehagen gegenüber den klassischen Medien wahr. Es ist notwendig, dass wir in Deutschland Medien haben, auf deren Nachrichten sich die Menschen verlassen können und denen sie vertrauen können. Die Wahrhaftigkeit der Medienberichterstattung ist aus meiner Sicht wesentlich für das Funktionieren einer freiheitlichen Demokratie. Ich machte mir Sorgen, dass Medien, die ihre Behauptung von „Hetzjagden“ in Chemnitz auf dieses zweifelhafte Video von Antifa-Zeckenbiss stützen, wenn vielleicht auch nicht gewollt, so doch vom Ergebnis her auch zu Medienskepsis, zu weiterem Konsum dubioser Internetquellen und zur Emotionalisierung von Menschen beitragen. Das BfV hat im Übrigen in seinem jüngsten Schlaglicht auch auf Grund der Erfahrungen mit dem G 20-Gipfel in Hamburg deutlich gemacht und davor gewarnt, dass Linksextremisten es in brillanter Weise verstehen, Medien für sich zu nutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie ich bereits sagte, wird das Internet und werden insbesondere soziale Netzwerke von extremistischen Gruppen regelmäßig dazu genutzt, durch falsche Tatsachen, verfälschte Tatsachen oder nicht authentische Tatsachen bestimmte Stimmungen zu erzielen oder anzuheizen. Dabei werden häufig Texte, Fotos und Videos in falschem Zusammenhang verwendet.

Es sprechen bei dem Antifa-Zeckenbiss-Video gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, denn:

1. Nach Einschätzung der zuständigen Sicherheitsbehörden fanden keine „Hetzjagden“ in Chemnitz am 26. August 2018 statt.
2. Das Video belegt für sich genommen keine derartigen „Hetzjagden“.

3. Das Video von Antifa-Zeckenbiss war mit der falschen Überschrift „Menschenjagden in Chemnitz“ versehen worden.
4. Es ist unwahrscheinlich, dass Extremisten ein nicht authentisches Video „nur so zum Spaß“ und ohne jegliche Motivation ins Netz stellen.

Und schließlich:

5. Hierdurch wird oder zumindest soll bei dem Betrachter der Eindruck erweckt werden, es handele sich um eine authentische Aufnahme einer Menschenjagd in Chemnitz oder um einen kleinen Ausschnitt einer Menschenjagd. Vor dem Hintergrund der von Antifa-Zeckenbiss damit verursachten öffentlichen Aufmerksamkeit und Erregung, die Antifa-Zeckenbiss durchaus hätte erkennen können und müssen, ist davon auszugehen, dass die falsche Bezeichnung des Videos vorsätzlich erfolgte, um eine bestimmte Wirkung zu erzielen.

Antifa-Zeckenbiss ist seit Oktober 2017 in diversen sozialen Netzwerken aktiv. Sie äußert sich regelmäßig links und linksextrem. Ich habe mich hinsichtlich des Motivs für die Falschinformation bewusst zurückhaltend geäußert, in dem ich von „vorsichtiger Bewertung“ und einem „möglicherweise“ vorliegenden Motiv sprach. Sollte Antifa-Zeckenbiss der linken oder linksextremistischen Szene zugehörig sein, dann könnte es auf Grund der bestehenden politischen Interessenlage der Szene möglich sein, dass die Falschetikettierung des Videos dem Ziel diene, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Tötungsdelikt abzulenken und auf angebliche rechtsextremistische „Hetzjagden“ hinzulenken. Als mögliches Motiv kommt, wenn es sich nicht um einen linken oder linksextremistischen Hintergrund handeln sollte, auch ein Anheizen der Stimmung in der Öffentlichkeit in Frage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich fasse für mich zusammen:

1. Es hat in Chemnitz völlig inakzeptable Hassstraftaten von Rechtsextremisten gegen ausländisch aussehende Menschen und darüber hinaus gegeben. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen oder zu entschuldigen, dass so etwas möglich ist. Der Verfassungsschutz und die Polizeibehörden tun ihr Bestes, um dies zu verhindern.

2. „Hetzjagden“ oder Menschenjagden auf Ausländer hatte es in Chemnitz am 26. August 2018 nach den Erklärungen der zuständigen Stellen nicht gegeben. Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen hatte in seiner Regierungserklärung am 5. September 2018 festgestellt, dass es keine Hetzjagd in Chemnitz gab. Diese Feststellung entspricht soweit ich weiß auch der Erkenntnisse aller zuständigen Sicherheitsbehörden, nämlich der sächsischen Polizei, der Staatsanwaltschaft, des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz und der Bundespolizei. Auch dem BfV lagen keine Erkenntnisse darüber vor, dass „Hetzjagden“ in Chemnitz stattgefunden hatten. Ich habe in meinem Zitat zum Ausdruck gebracht, dass ich „die Skepsis gegenüber den Medienberichten zu rechtsextremistischen „Hetzjagden“ in Chemnitz“ teile.
3. Das von Antifa-Zeckenbiss verbreitete Video belegt nicht, dass „Hetzjagden“ in Chemnitz stattfanden. Erst durch die von Antifa-Zeckenbiss verwendete Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ wird suggeriert, das Video zeige authentisch eine „Menschenjagd in Chemnitz“ am 26. August 2018, was nach Erkenntnissen der zuständigen Stellen nicht der Fall ist.
4. Es ist bedauerlich, dass sich manche Medien das von Antifa-Zeckenbiss verbreitete Video mit der Überschrift „Menschenjagd in Chemnitz“ offensichtlich unkritisch zu eigen machten und damit vorhersehbar erhebliche Folgewirkungen provozierten. Hätten diese Medien die zuständigen Sicherheitsbehörden befragt, wäre ein Antifa-Zeckenbiss-Video sicherlich nicht mit der Behauptung ausgestrahlt worden, dies seien „Hetzjagden“.
5. Dass Extremisten ein nicht authentisches Video ohne jegliche Motivation ins Netz stellen, ist unwahrscheinlich. Eine mögliche Motivation könnte sein, von dem Tötungsdelikt ab- und auf die rechtsextremistische Szene hinzulenken. Denkbar ist auch, dass es verwendet wurde, um die Stimmung in der Szene anzuheizen.

und

6. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedaure, dass dies - wie ich durch die öffentliche Diskussion über mein Zitat in der Bildzeitung wahrnahm - nicht erreicht, sondern grundsätzlich verfehlt wurde.

II. AfD

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in den vergangenen Tagen habe ich auch im Zusammenhang mit der Diskussion über mein Zitat in der Bildzeitung Medienberichte zur Kenntnis genommen, in denen behauptet oder spekuliert wurde, ich sei rechts, ich sei AfD-nah, ich sei AfD-Sympathisant oder ein AfD-Versteher.

Es ist berichtet worden, dass ich mich mit Politikern der AfD traf. In diesem Zusammenhang ist auch die Behauptung aufgestellt worden, dass ich die AfD beraten hätte. Des Weiteren ist die Behauptung in den Raum gestellt worden, ich würde die Beobachtung der AfD bewusst verhindern oder verzögern. Es ist ferner behauptet worden, aus meiner Behörde seien Unterlagen an die AfD gegeben worden.

Hierzu bemerke ich folgendes:

Ich weise Spekulationen über eine mögliche AfD-Nähe mit Nachdruck zurück. Ich finde es ist schade, dass ich mich gezwungen sehe, mich in dieser Art und Weise äußern zu müssen, um mich Spekulationen und Behauptungen über meine politische Einordnung zu erwehren.

Ich bin seit 1991 Bundesbeamter und war immer bestrebt, entsprechend dem deutschen Beamtenethos politisch neutral und persönlich unabhängig mein Amt auszuüben. Ich habe loyal gearbeitet für Ministern und Staatssekretäre der CDU, SPD und CSU. Manche von Ihnen wissen, dass ich ein besonders gutes Verhältnis zu meinem früheren Chef *Otto Schily* hatte.

Ich habe seit meinem Amtsantritt als Präsident des BfV am 1. August 2012 237 Gespräche mit Politikern geführt, davon 121 mit Politikern der CDU/CSU, 69 der SPD, 23 der Grünen, 14 der Partei Die Linke und jeweils 5 mit Politikern der FDP und der AfD. Es handelte sich nicht nur um Bundespolitiker, sondern auch um Landespolitiker. Derartige Gespräche werden auch von Leitern anderer Behörden geführt. Die Gespräche, die ich mit Politikern führe, dienen regelmäßig der Vorstellung des BfV und

seiner Aufgaben und der Erörterung von Themen des Verfassungsschutz, wie z. B. die Sicherheitslage, Haushaltsfragen, Gesetzgebungsbedarf, Gefährdung von Parteipolitikern oder Übergriffe auf Parteieinrichtungen. Es werden von den politischen Gesprächspartnern auch Gespräche zu bestimmten Themen gewünscht. Darüber hinaus nutze ich die Gespräche auch, um allgemeine Sensibilisierungen hinsichtlich möglicher Spionageangriffe vorzunehmen oder die Politiker auf konkrete Sachverhalte anzusprechen.

Es ist für mich selbstverständlich, dass ich mit Politikern auch über konkrete Hinweise hinsichtlich eventueller verfassungsfeindlicher Bestrebungen in der jeweiligen Partei spreche. Dies gilt insbesondere dann, wenn dies öffentlich diskutiert wird oder sogar schon Gegenstand des Verfassungsschutzberichtes war. Auch werden z. B. extremistische Äußerungen Einzelner oder die Unterstützung der Terrororganisation PKK durch Bundestagsabgeordnete thematisiert. Es ist keine Beratung durch den Präsidenten des BfV, wenn er in Gesprächen mit Politikern auf eventuelle extremistische oder andere verfassungsfeindliche Bestrebungen in den jeweiligen Parteien hinweist.

Die Behauptung, ich hätte die AfD beraten oder ihr Ratschläge erteilt, wie sie sich zu verhalten habe, um einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen, weise ich mit Nachdruck zurück. Des Weiteren kann ich für mich ausschließen, dass Unterlagen an die AfD weiter gegeben worden sind.

In den vergangenen 18 Monaten ist die Frage einer Beobachtung der Partei AfD oftmals an mich und die Kollegen der Landesbehörden für Verfassungsschutz gerichtet worden. Diese Frage ist von unseren Mitarbeitern und von den Amtsleitern sorgfältig und ernsthaft diskutiert worden. Auf der Tagung der Leiter der Behörden für Verfassungsschutz am 8. März 2018 in Köln hatten die Behördenleiter folgendes festgestellt:

„Seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend prüft der Verfassungsschutzverbund fortlaufend, ob Bestrebungen vorliegen, die den Kernbestand des Grundgesetzes zu beeinträchtigen oder zu beseitigen versuchen. Auch im Falle der AfD werden offene Indizien wie Aktivitäten, Aussagen oder eine potenzielle

Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppierungen gesichtet und bewertet, ob es sich um Einzelmeinungen und -agitationen oder um eine parteipolitische Leitlinie handelt.

Derzeit sind keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte ersichtlich, die eine Beobachtung der AfD als Partei durch den Verfassungsschutzverbund begründen würden.“

Meine Behörde hatte danach die Landesbehörden um die Übersendung von Informationen gebeten, die eine Beobachtung der AfD begründen könnten. Sobald alle Stellungnahmen vorliegen und diese ausgewertet worden sind, wird erneut darüber beraten. Dabei werde ich wie in allen Fällen auch im Falle der AfD ausschließlich nach Recht und Gesetz entscheiden. Die Behauptung, meine Behörde oder ich selber würden die Beobachtung der AfD bewusst verschleppen, weise ich entschieden zurück. Das Thema AfD wird auch Gegenstand der in diesem Monat unter meiner Leitung stattfindenden Tagung der Amtsleiter der Verfassungsschutzbehörden sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe manche von Ihnen gestern Abend bei dem Herbstempfang der Bundessicherheitsbehörden gesehen. Darüber haben wir, meine Kollegen Dr. Kahl, Münch und Dr. Romann, uns gefreut. An diesem Abend bin ich immer wieder gefragt worden, ob ich der Bildzeitung dieses Zitat wieder geben würde. Würden Sie es noch einmal tun?

Wie Sie dem Gesagten entnehmen konnten, stehe ich inhaltlich zu meinen Aussagen. Ich stehe grundsätzlich auch zu der Motivation: Es muss verhindert werden, dass falsche, verfälschte oder nicht authentische Videos verbreitet werden. Es muss für ein Mehr an Sensibilität für Falschberichterstattung in sozialen Medien auch in den sog. Qualitäts-Medien geworben werden. Rechtsextremistische Ausschreitungen sind schlimm. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass sich Menschenjagden wie in Hoyerswerda wiederholen können. Aber, man muss es nicht herbeischreiben. Wenn aber durch falsche Berichte aus den sozialen Medien über „Hetzjagden“ berichtet wird, die so nicht stattgefunden haben, wenn die Menschen den Eindruck haben, dass statt über ihr Anliegen, nämlich der Todesfall in Chemnitz, über etwas ganz anderes gesprochen wird, wirkt dies eskalierend. Auch wenn unsere Medien es

nicht gerne hören wollen (und vermutlich schon gar nicht von mir): mit dem Fall des ertrunkenen Joseph in Sebnitz, mit der Kölner Silvesternacht und mit anderen Vorfällen ist die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung beschädigt worden. Aus meiner Sicht ist es ein berechtigtes Anliegen des Verfassungsschutzes darauf aufmerksam zu machen, damit extremistische Propaganda nicht ihr Ziel erreicht. Dass dies durch mein Zitat in der Bild-Zeitung nicht zum Ausdruck kam, sondern vielmehr die weitere öffentliche Diskussion hierüber eher noch zur weiteren Emotionalisierung beigetragen hat, bedauere ich.

Aber, zurück zur Frage: ich habe in den letzten Jahren – wie Sie wissen – sehr viele Interviews und Zitate gegeben. Kein einziges Mal ist ein Interview von mir so seziert worden, wie mein Zitat in der Bildzeitung. Kein einziges Mal hat mich eine derartige Welle aus Missverständnis und Kritik erreicht. Dabei hat dies durchaus einen Vorlauf. Ich werde und ich möchte mich daran nicht gewöhnen. Aber, die eine oder andere Wendung würde ich heute anders formulieren und eine vielleicht auch weglassen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.